

Überlegungen an eine Zufluchts-Stadt

Wie können wir die Grenze im politischen Raum verändern?

„Kommune 2020 – Eine Stadt für alle“

Version – Stand 03.02.2017

Zentrale Frage

Wie können wir in den Städten und Kommunen, als lebendige, vielfältige, emanzipatorische, offene und solidarische Kraft, politische Initiative zurückgewinnen?

Unsere populäre Alternative

Mit Blick auf die Medien können wir leicht den Eindruck gewinnen, dass es einen europaweiten Konsens darüber gibt, die Grenzen zu schließen, den Geflüchteten ihre Rechte einzuschränken und sie abzuschieben. Diese Berichterstattung trifft jedoch nicht zu. Wenn auch ein Erstarken von rechtsextremen und populistischen Akteuren festzustellen ist, wird jedoch die Existenz einer populären Alternative zur aktuellen Politik von Medien und politischen Eliten ignoriert. Diese populäre Alternative besteht in einem millionenfachen solidarischen Handeln (de facto) von Engagierten und Geflüchteten, die zusammen in zahlreichen Städten und Kommunen Europas, bereits ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben mit Geflüchteten praktizieren. Allerdings besteht die Schwäche der Bewegung darin, dass der millionenfache Beitrag nicht entsprechend honoriert, kaum als ein positiver gesellschaftlicher Beitrag gewürdigt und von vielen nicht als politisch begriffen wird. Damit besteht die Gefahr für die Handelnden von staatlichen Akteuren politisch benutzt zu werden. Viele, der beschlossenen Asylgesetze, die im Kern nur das Ziel haben, Aufenthaltsrechte für Geflüchtete zu beseitigen bzw. sie an einen ökonomischen Nutzen zu koppeln, sind gleichzeitig Angriffe gegen das in den Kommunen und Städten etablierte solidarische Handeln.

*Populäre
Alternative wird
unterschlagen!*

*Trans-kommunal
handeln!*

Schutzraum Europa

Um „Europa zu einem Schutzraum, einem „sanctuary“, für Migranten und Migrantinnen“ zu machen, wie es die Charta der neuen „Sanctuary-Bewegung“¹ von Europa formuliert, müssen wir trans-kommunal (lokal handeln–global denken) aktiv werden.

*Rebellische
Sanctuary Cities
in Europa
schaffen!*

*Ansätze von
Sanctuary Cities
in ganz Europa.*

Städte als Ausgangsbasis

Die Vielfalt, die alltägliche Solidarität, das breite Engagement vieler in der Stadt, Gemeinde oder Kommune, bildet unsere Ressource, für ein europaweites trans-kommunale Handeln, für unseren Protest und für die Entwicklung politischer Forderungen. Die Stadt bildet ein wesentliches Terrain der Auseinandersetzung, ein Ort, wo wir uns auskennen, wo wir zusammen leben und den wir gemeinsam verändern können. Können Städte die Welt verändern?, auf jeden Fall eine interessante Frage.

1 <http://www.kirchenasyl.de/charta/>

Sanctuary City - europaweit

Die Bürgermeisterin Ada Colau und die Stadtregierung von Barcelona haben zu rebellischen Sanctuary Cities in Europa aufgerufen.² Wir haben zwar in den Städten nicht die Macht über die Migration zu bestimmen, aber wir können Druck ausüben, mit unserem kommunalen rebellischen Engagement und einem riesigen Netzwerk europäischer Städte. In diese Richtung geht der Aufruf von Barcelona. So gibt es neben Spanien auch in Großbritannien diskussionswürdige Ansätze. Seit Sheffield³ sich als City of Sanctuary erklärt hat, gibt es in Großbritannien eine wachsende Zahl von City of Sanctuary-Arbeitsgruppen. So in Bradford, Bristol, Coventry, Leicester, London und weiteren Städten. Auch in Oxford ist man in diese Richtung aktiv.⁴ Auch aus Nantes und anderen Städten Frankreichs gibt es Stimmen. Auch das besetzte City Plaza Hotel und die Bewegung Lampedusa in Hamburg machen Hoffnung. Nicht zu vergessen, die etwa 600 Sanctuary Cities in den USA.⁵ Vor 34 Jahren entstand die „Sanctuary“-Bewegung in Tucson. Eine Antwort auf das verweigerte Asyl der Reagan-Regierung für Bürgerkriegsflüchtlinge aus El Salvador und Guatemala. Heute verweigern zahlreiche Städte u.a. New York, Los Angeles, Chicago und San Francisco die Zusammenarbeit mit dem bundesstaatlichen United States Immigration and Customs Enforcement (ICE). Auch in Kanada gibt es das „Solidarity City Movement“, das 2013 die erste Richtlinie Kanadas für die Errichtung einer städtischen Schutzzone durchsetzen konnte.

Einwanderung in die Kommune

Die Einwanderung zahlreicher Geflüchteter 2015 /2016 in die Städte und Kommunen, hat zu einer breiten Solidarität, einer breiten Unterstützung, einem vielfältigen Angebot zahlreichen Initiativen und sehr vielen persönlichen Kontakten geführt. Diese, von vielen Einzelpersonen bereits praktizierten 'Welcome Cities', ob aus humanitären, karitativen, rechtlichen oder politisch Erwägungen, hat das Zusammen-Leben in der Kommune verändert. Der Krieg in Syrien, Afghanistan und in anderen Ländern, Flucht aus politischer Verfolgung, die Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma, die Flucht wegen Armut, Klimaveränderung und Perspektivlosigkeit der Menschen, all das ist in den Kommunen angekommen, wird und wurde in zahlreichen Veranstaltungen thematisiert und diskutiert. Selbst Resolutionen und Beschlüsse wurden in den Kommunalparlamenten gefasst wie zum Beispiel in Freiburg.⁶ Die Krisen der Welt stehen damit auf der kommunalen Agenda. Die betroffenen Menschen leben mit ihren Verfolgungsgeschichten unter und mit uns.

Die Krisen der Welt sind in den Kommunen angekommen.

Das starke Signal vom Engagement in den Kommunen

Von der Offenheit, den vielfältigen Aktivitäten, der breiten Unterstützung für Geflüchtete in den Kommunen geht ein starkes politisches Signal für ein Zusammenleben ohne Diskriminierung und rassistischen Ressentiments aus. Mit dieser Kraft und Intention muss die zukünftige

Ein starkes kommunale Signal!

2 <https://www.jacobinmag.com/2016/08/barcelona-en-comu-ada-colau-podemos-catalonia-housing/>

3 <https://sheffield.cityofsanctuary.org/our-manifesto/>

4 <https://oxford.cityofsanctuary.org/>

5 https://en.wikipedia.org/wiki/Sanctuary_city

6 <http://www.freiburg.de/pb/.Lde/410069.html>

Flüchtlingspolitik auf nationaler und europäischer Ebene eingefordert und gestaltet werden. Die nationale und europäische Flüchtlingspolitik wird sich dann ändern, wenn wir uns als politische Akteure verstehen und uns auch dementsprechend einmischen. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir unser Engagement in funktionierende Sanctuary Cities umsetzen können und vielleicht noch einen Schritt weiter gehen und danach fragen Wem gehört eigentlich die Stadt? Es hängt also von uns allen ab, wohin sich die Flüchtlingspolitik in Europa entwickeln wird. Tragen wir dazu bei, dass ein aktives und rebellisches Netzwerk von Zufluchts-Städten entsteht.

Sheffield - City of Sanctuary

Eine Zufluchts-Stadt lebt von intensiven Kontakten und einem regen Austausch ihrer Akteure. So versteht auch Sheffield ihre „City of Sanctuary“. Mit einem Manifest⁷ hat Sheffield, die Stadt zu einer „Asylstadt“ ausgerufen. Das Manifest beinhaltet das Zusammenleben in der Stadt, in dem Geflüchtete und lokale Gruppen einbezogen werden, Geflüchtete Unterstützung erhalten, damit sie sich zurecht finden, Zugang zu lokalen Medien und Kultur haben und vor Belästigung, Diskriminierung und Rassismus sicher sind. Die Gesundheitsversorgung wird garantiert, wie auch der Zugriff auf kommunale Dienstleistungen. Freier Zugang zum Sprachunterricht, freier Zugang zur Ausbildung und Bildung der Jugendlichen und Kinder und eine gesunde Wohnung. In öffentlichen Debatten fordern sie eine gerechtere und humanitäre Asylpolitik. In Sheffield lebten 2011 etwa 1.000 Migrantinnen und Migranten, deren Anträge abgelehnt wurden, als Menschen ohne Papiere. Das Konzept der City of Sanctuary in Sheffield hat Geflüchtete mit und ohne Papiere im Blick. Welches Potential die City of Sanctuary in Sheffield wirklich hat, darüber müsste noch weiter geforscht werden.

*Manifest von
Sheffield an eine
City of
Sanctuary.*

Restriktive Politik der Abschiebungen

Aktuell sehen wir uns in Deutschland einer restriktiven Politik ausgesetzt, die Abschiebungen von mehreren tausend Menschen, in der Öffentlichkeit als eine gerechte politische Lösung propagiert. Es gibt kaum ein Land mit dem kein Rückkehrabkommen ausgehandelt wurde. Geflüchtete die heute 'legal' unter uns leben sind morgen vielleicht bereits 'illegal' und damit vogelfrei. Sobald sie das Land verlassen müssen, sind sie staatlicher legaler Gewalt ausgesetzt, werden zur polizeilichen Fahndung ausgeschrieben, festgenommen und abgeschoben. Eine Vielzahl von Behörden sind dabei involviert Menschen ausgrenzend zu verwalten und aus dem Land zu schaffen. Die Betroffenen; Roma vom Balkan, Geflüchtete aus afrikanischen Ländern, Menschen aus Afghanistan und viele andere, die alle einen begründeten Anlass hatten ihr Herkunftsland zu verlassen.

*Ausgrenzend
verwaltet.*

Eingreifen, wenn es notwendig ist.

Charta europäischer Sanctuary- Bewegung

An dieser Stelle sollte nun auch die „Sanctuary-Bewegung“⁸ im Besondern aktiv werden, denn dort, wo eine Abschiebung droht, und damit die Würde

*Aktiv werden,
wenn die Würde
und das Leben in
Gefahr ist.*

⁷ <https://sheffield.cityofsanctuary.org/our-manifesto/>

⁸ <http://www.kirchenasyl.de/charta/>

und das Leben von Menschen in Gefahr ist, verpflichten sich Gemeinden Flüchtlinge aufzunehmen und zu schützen („sanctuary“, Kirchenasyl), bis eine annehmbare Lösung für sie gefunden ist. Wir werden dort, wo dies notwendig wird, eine offene Auseinandersetzung mit den Regierenden nicht scheuen. So zu lesen in der Charta der europäischen „Sanctuary-Bewegung“. Weiter verpflichtet sich die Bewegung, die skandalösen Praktiken, mit denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas abgewehrt oder im Inland drangsaliert werden (Abschiebehaft, Diskriminierungen in nahezu allen Lebensbereichen), beharrlich in die Öffentlichkeit zu tragen, um die Gewissen zu schärfen. Für eine an Menschenwürde und Menschenrechten orientierte Asyl- und Einwanderungspolitik einzutreten – von der lokalen bis zur europäischen Ebene. Dazu beizutragen, dass Flüchtlinge sich in unserer Gesellschaft willkommen fühlen und an dieser gleichberechtigt teilhaben.' Das alles meint die Charta der „neuen Sanctuary-Bewegung“ in Europa.⁹

Um wen geht es bei den Betroffenen?

Es geht um Familien mit Kindern, Einzelpersonen, Alte, Kranke, Alleinerziehende, Menschen in Arbeit und Ausbildung zu denen wir Kontakte haben und deren Verfolgungs-Geschichten und Probleme wir kennen. Das sind Roma Familien, die kein richtiges Dach über dem Kopf hatten, keinen Job, Hunger kennen und in ihrem Herkunftsland struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind. Das sind Einzelpersonen aus afrikanischen Ländern, die sich politisch engagiert, die sich eine neue Perspektive erhofft haben und ihre Familien mit Geldtransfers unterstützen sollen. Das sind Menschen die vor dem Krieg geflohen sind und jetzt wieder nach Afghanistan zurück sollen. Das sind Frauen, Homosexuelle, die vor sexueller Gewalt und Verfolgung Schutz suchen. Verfolgungsgeschichten, die oft vom Bundesamt für Flucht und Migration als offensichtlich unbegründet oder unbegründet abgetan werden. Am Ende des Asylverfahrens wird ihnen, oft auch nach mehreren Jahren, mitgeteilt, dass sie Deutschland in wenigen Tagen zu verlassen haben. Von einem auf den anderen Tag verlieren sie alles, obwohl sie hier schon längst Teil der Gesellschaft geworden sind.

Die Verfolgungs-Geschichten sind bekannt.

Zufluchts-Stadt eine politische Antwort

Die aktuelle Asylpolitik von Bundes- und Landesregierung ist eine Herausforderung an uns alle. Mit den Asylgesetzen I und II, der Einstufung zahlreicher Länder des Balkans zu sicheren Herkunftsländern, dem Integrationsgesetz, den errichteten Anlaufstellen und Registrierzentren in denen vom Bundesamt innerhalb von 24 bis 48 Stunden ein Asylverfahren entschieden wird, hat sich der Staat Handlungsmöglichkeiten geschaffen um schneller abschieben zu können. Der Staat erlaubt sich massiv in die Selbstbestimmung und die Freiheit der Person der Geflüchteten eingreifen zu können. Bevormundung, Kontrolle und prekäres Leben, gesetzlich bestimmt. Welche Aufgaben stellen sich, hinsichtlich solcher politischen Entwicklungen für uns? Ist ein Abschiebebescheid wirklich die letzte Antwort? Ist eine Zufluchts-Stadt, die Menschen auch weiterhin Schutz gewährt die richtige Antwort? Eine

Kann eine Zufluchts-Stadt die richtige Antwort sein?

⁹ <http://www.kirchenasyl.de/charta/>

Zufluchts-Stadt, die sich für politische Veränderungen und Legalisierungen einsetzt! Eine Kommune, die Einwohnern weiterhin Rechte gewährt, sie vor polizeilichen Abschiebungen schützt! Eine Zufluchts-Stadt in der von Abschiebung Betroffene angstfrei leben können!

Abschiebungen nach Afghanistan nicht zulassen

Am 14. Dezember 2016 fand, nach dem mit Afghanistan ein Rückübernahmeabkommen abgeschlossen wurde, von Frankfurt die erste Sammelabschiebung nach Kabul statt.¹⁰ Am 23. Januar 2017 gab es einen weiteren Sammelabschiebeflug. Als bekannt wurde, dass es zu Sammelabschiebungen nach Afghanistan kommen wird, kam es zu einzelnen Solidaritätsaktionen mit den Betroffenen. Gegen die Abschiebung ihres Kollegen streikten z.B. 220 Arbeiter zusammen mit dem Unternehmen einer bayerischen Baufirma.¹¹ Aus Hamburg sollte jemand abgeschoben werden, der schon seit 21 Jahren in der Stadt lebt. Gleiches gilt für einen Bäcker aus dem Allgäu. Weitere Abschiebungen sind geplant. Weitere ähnliche Schicksale betroffen. Hier sollten wir im Rahmen einer Sanctuary City eingreifen. Aber auch deswegen, da mit den Abschiebungen nach Afghanistan ein Ausbau der Logistik einhergeht, um Rückführungen nach Afghanistan zu erleichtern. So sollen afghanische Flüchtlinge in Zukunft auch ohne afghanische Papiere abgeschoben werden können. Ein entsprechendes EU-Dokument, das als Passersatzpapier fungieren soll, macht dies möglich. In der Vergangenheit scheiterten Rückführungen oft an fehlenden Papieren, schreibt POR ASYL.

*Lange Jahre hier
und doch
abgeschoben.*

Ärzte wollen sich widersetzen

Gegen die Abschiebungen in das vom Bürgerkrieg geschändete Afghanistan engagiert sich auch die Organisation „Ärzte gegen den Atomkrieg“. „Für den Fall, dass die Bundesregierung tatsächlich Sie und andere afghanische Flüchtlinge in Ihr von Krieg zerfressenes Herkunftsland abschieben will, werden wir uns solchen Unrechts-Maßnahmen widersetzen. Wir stehen an Ihrer Seite und werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Sie zu schützen,“¹² schreiben über 30 Ärzte, Politiker und Anwälte in einer Erklärung. Diese Beschreibungen fordern mehr Solidarität ein und sind ein deutlicher Appell an eine solidarische Zufluchts-Stadt.¹³

*Ärzte gegen
Abschiebungen.*

Die strukturelle Diskriminierung gegen Roma, kaum gewürdigt!

Seitdem die Balkan-Länder zu „sicheren“ Herkunftsländern eingestuft wurden, finden seit Monaten drei bis vier Sammelabschiebungen vom Flughafen Karlsruhe Baden-Baden statt. Viele der Betroffenen sind Roma, so auch Frau Ametovic und ihre Kinder, die am 20. Januar 2015 als erste Familie nach einem Aussetzen der Abschiebungen, von der damaligen

*Strukturelle
Diskriminierung
gegen Roma im
Blick haben.*

10 <https://www.proasyl.de/news/neuer-abschiebeflieger-nach-afghanistan-droht-wer-waren-die-dezember/>

11 <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=10132>

12 <https://www.change.org/p/bundeskanzlerin-angela-merkel-keine-abschiebungen-nach-afghanistan>

13 <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=10179>

GRÜN-SPD geführten baden-württembergischen Landesregierung nach Serbien abgeschoben wurden. In Serbien hatten sie keine Unterkunft, keine Gesundheitsversorgung, keine staatliche Hilfe. Ohne die solidarische Unterstützung aus Freiburg hätten Mutter und Kinder nicht überleben können. Solche Einzelschicksale sollten Motivation zur Intervention für eine Zufluchts-Stadt sein. Von solchen Schicksalen können sicherlich viele berichten.

Welche Rechte haben Papierlose?

Welche Rechte können ausländische Staatsangehörige ohne Aufenthaltsrecht und ohne Duldung in Deutschland geltend machen. Dazu gab es bereits 2001 ein Rechtsgutachten.¹⁴ Bei dem Gutachten geht es im engeren Sinn um die rechtliche Beurteilung bei vorenthaltenem Lohn, Leistungen des staatlichen Gesundheitswesens sowie der Beschulung von Kindern. Fodor kommt zu der Auffassung, dass bei einem bestehenden vertraglichen oder faktischen Arbeitsverhältnis ein Anspruch auf Zahlung des vereinbarten Lohn besteht. Fehlende aufenthalts- oder arbeitserlaubnisrechtliche Genehmigungen stehen einem solchen Anspruch nicht entgegen. Die fehlenden Erlaubnisse bzw. Genehmigungen stehen auch einer arbeitsgerichtliche Klage nicht entgegen. Darüber hinaus ist der Arbeitsrichter nicht verpflichtet, bei Kenntnis der Illegalität entsprechende Meldungen nach dem AufenthG zu machen. Auch die Zugänge zu Leistungen des staatlichen Gesundheitswesens sind solchen Menschen nicht verschlossen. Allerdings unterliegen Sozialämter wie auch Krankenkassen bzw. Ärzte einer Übermittlungspflicht nach dem AufenthG. Damit ist eine Inanspruchnahme von Leistungen nur bedingt möglich, zumal entsprechende Hilfeleistungen durch die Beschäftigten solcher Ämter und Institutionen in solchen Fällen strafbeschwert sind.¹⁵ 2011 wurde für Schulen und Kitas die Übermittlungspflicht abgeschafft – es muss den Behörden also nicht mehr mitgeteilt werden, wenn ein Kind ohne Papiere angemeldet wird.¹⁶ Niemand kann sagen wie viele Menschen ohne Papiere in Deutschland leben. Die Zahlen variieren nach verschiedenen Quellen zwischen 180.000 und 520.000 Personen denen ein regulärer Status verweigert wird, bzw. keinen erhalten können. Es ist davon auszugehen, dass mit der restriktiveren Asyl- und Abschiebepolitik die Zahlen weiter zunehmen werden.

*Rechtsgutachten
von 2001*

Zufluchts-Stadt als politisches Projekt begreifen

Nicht-Staatsangehörige, die über keinen Aufenthaltsstatus verfügen, brauchen einen öffentlichen angstfreien kommunalen Zugang zu Kern-Rechten. D.h., in jeder Stadt sollten auch vom Staat geförderte unabhängige Strukturen und Anlaufstellen aufgebaut werden, damit es den Betroffenen möglich ist elementare Rechte wahrnehmen zu können. Die hohe Zahl der Betroffenen von bis zu 500.000 Menschen zeigt die politische Dimension des Problems, die eng mit der nationalen und europäischen Politik verknüpft ist. Dieses Problem verlangt nach einer Lösung! Es kann nicht sein, dass zehntausende Menschen ausschließlich

*Zahlreiche
Anlaufstellen in
einer Stadt
schaffen.*

14 <https://www.socialnet.de/rezensionen/311.php>

15 <https://mediendienst-integration.de/migration/sans-papiers.html>

16 <https://mediendienst-integration.de/migration/sans-papiers.html>

ausgrenzend verwaltet werden und auf der polizeilichen Fahndungsliste stehen und als Getriebene durch unsere Städte und Kommunen irren. Die Bewegung für eine Zufluchts-Stadt muss daher auch als eine sozialpolitische Bewegung verstanden werden. Auf kommunaler Ebene sollte in dieser Frage die Partizipation in zahlreichen Fragen des Zusammenlebens einfordert werden. Alle Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit sollten geprüft werden. In vielen Punkten wird es zu erheblichen Reibungspunkten mit der herrschenden Asyl- und Migrationspolitik kommen. Hier gilt es raffinierte Auswege zu finden. Das beginnt mit dem Thema Wohnen und endet bei der Polizei.

Wie können wir den notwendigen Einfluss in einer Kommune, in einer Stadt entwickeln?

Zum einen sollten sich zahlreiche unabhängige Gruppen und Initiativen, die bereits in der Stadt aktiv sind, zu einer Zufluchts-Stadt-Initiative zusammen tun und den Willen zeigen, dass sie diese auch wollen. Dieser Zusammenschluss bzw. Prozess sollte nach außen sichtbar gemacht werden. Alle relevanten Fragen müssen für eine notwendige Diskussion, die wichtig für das Vorwärtskommen sind, gestellt werden. Erste Ziele sollten formuliert werden, damit weitere Schritte möglich sind. Eine von vielen Gruppen unterstützte politische Erklärung könnte wichtig und hilfreich sein, in der die Problematik, die Kritik, die Ziele und das solidarische Anliegen formuliert werden. Es darf jedoch nicht nur bei einem theoretischen Ansatz bleiben. Wichtig ist zu wissen, welche Gruppen und Einzelpersonen bereits vor Ort in diese Richtung aktiv sind. Gibt es z.B. Medi-Netz Anlaufstellen für Papierlose, gewerkschaftliche Anlaufstellen in Bezug auf irreguläre Arbeitsverhältnisse? Wie verhalten sich Schulen und Kindergärten gegenüber Kindern, deren Eltern keinen Aufenthaltsstatus haben? Gibt es eine Anlaufstelle für eine qualifizierte kostenlose Rechtsberatung? Wo kommen die Menschen unter? Wie ist das Freizeitangebot organisiert? Wo gibt es Arbeit? U.v.m.

***Zufluchts-Stadt
Initiative
gründen.***

Der Erfolg einer politischen Sanctuary City Bewegung hängt von vielen Faktoren ab. Auch davon, welche Traditionen lokal existieren, welche politischen Mehrheiten am Ort vorhanden sind, der Einstellung der Bevölkerung, wie bereits erwähnt von existierenden Netzwerken und von einer lebendigen und offenen Zivilgesellschaft.

Eine ähnliche Diskussion wurde 2005 bereits angestoßen. In einem Manifest des 'Katholischen Forums Leben in der Illegalität'¹⁷ wurde u.a. festgehalten: „Dabei sind etwa zu berücksichtigen: praktische Fragen im Zusammenhang mit humanitären Anforderungen wie etwa der medizinischen Grundversorgung, dem Schutz vor Ausbeutung und Schuldknechtschaft oder der Berücksichtigung mitbetroffener Kinder ebenso wie grundsätzlichere Überlegungen zu den Wechselwirkungen zwischen regulärer und irregulärer Zuwanderung und den damit verbundenen asyl- und ausländerrechtlichen sowie zuwanderungs-politischen Gestaltungsoptionen. Aus diesen Gründen wollen wir einen öffentlichen Diskurs in Deutschland anregen, der der Lage in Deutschland

***Katholisches
Forum***

***Leben in der
Illegalität***

¹⁷ http://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_32-2/s32_50.pdf

und den betroffenen Personen mit ihren unterschiedlichen Motiven, Zwängen und Lebenslagen gerecht wird und differenzierte Lösungen anstrebt.“¹⁸

Einfluss in den Kommunen nehmen

Wenn in der Kommune bereits eine theoretische (und vielleicht auch schon praktische) Basis für eine Sanctuary City erarbeitet wurde, sollte mit kommunalen Vertretern versucht werden, die Idee einer Zufluchts-Stadt noch populärer zu machen. Mit Gemeinderätinnen und Gemeinderäten könnte eine Diskussion direkt in der Kommune initiiert werden. 'Kommunale Aufgaben sind nicht auf Dauer festgelegt, sondern entwickeln sich durch wandelnde gesellschaftliche und politische Erwartungen an die öffentliche Verwaltung.'¹⁹ Hier wäre ein Anknüpfungspunkt. Prof. Dr. Roland Roth (Berlin), der sich schon länger mit dem Thema auseinandersetzt, sagte bei einer sehr gut besuchten Veranstaltung in Freiburg, „dass die Kommune das Recht hat Aufgaben zu erfinden“. In der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg ist u.a. festgelegt, dass die 'Gemeinde in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner fördert und die ihr von Land und Bund zugewiesenen Aufgaben erfüllt.' Ein Einwohner ist kein 'Bürger'. Dennoch ist die Kommune dem Wohl, auch des Einwohners verpflichtet. „Einwohnerinnen und Einwohner können beantragen, dass der Gemeinderat eine kommunale Angelegenheit, für die der Gemeinderat zuständig ist, behandeln soll.“ „Neu ist, dass nicht mehr nur Bürgerinnen und Bürger diesen Antrag unterzeichnen können (sog. Bürgerantrag), sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde gemeldet sind.“²⁰ Außerdem kann der Gemeinderat sachkundige Einwohner_innen und Sachverständige zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten zuziehen. Das sind mögliche Wege, um in der Kommune (kommunalen Verwaltung) eine Diskussion über eine Zufluchts-Stadt zu eröffnen.

Die Kommune hat das Recht Aufgaben zu erfinden.

Die Kommunen unterliegen zwar einem eingeschränkten Handlungsspielraum, sie verfügen jedoch über Gestaltungsmöglichkeiten. Und diese Gestaltungsmöglichkeiten könnten für eine Zufluchts-Stadt wichtig sein. 'Die kommunale Selbstverwaltung ist eines der Grundprinzipien der Demokratie und besitzt durch die Selbstverwaltungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG Verfassungsrang. Die kommunale Selbstverwaltung umfasst das Recht der Kommunen, einen Großteil ihrer öffentlichen Aufgaben selbständig zu erledigen, ohne dass sich der Staat einmischet.'²¹ 'Zur Erfüllung der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben ist die Gemeinde nicht verpflichtet; sie kann also entscheiden, *ob* und - falls ja *wie* - sie diese erfüllen möchte. Die Entscheidung über derartige Selbstverwaltungsaufgaben liegt komplett in den Händen der Kommunen,

Ermessensspielräume nutzen.

18 <http://www.ngo-online.de/2005/03/7/hunderttausende-betroffene/>

19 http://www.kommunalwahl-bw.de/aufgabe_kommunen.html

20 https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/wie-beteilige-ich-mich/kommune/neue-gemeindeordnung/#_

21 <http://www.juraforum.de/lexikon/selbstverwaltung-der-gemeinden>

genauso wie die finanzielle Verantwortung für deren Erfüllung. Rechtsvorschriften oder Regelungen seitens des Staates bestehen nicht. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben dienen in der Regel dem Wohl der Bürger der Kommunen. Dieses kann in Form von kulturellen Angeboten (Museen, Theater,...), wirtschaftlichen Verbesserungen (Ausbau der Gewerbegebiete, Messen,...) oder sozialen Hilfen (Suchtberatung, Altenpflege,...) erfolgen. Wie groß der Umfang der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben tatsächlich ist, richtet sich individuell nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden.¹²²

Im Feld der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben befinden sich zahlreiche Spielräume, die offensiv genützt werden können. Die ersten Ausländerbeiräte wurden 1971 durch kommunale Beschlüsse, als eine Antwort auf die zunehmende Zahl der auf Dauer in den Gemeinden lebenden ausländischen Einwohner gebildet. Migration fand in den Städten statt, wo sich auch die Partizipation von Einwander_innen an der Kommune entwickelt. Nicht im Bund und nicht im Land. Ähnliches ist auch bei der Erschaffung einer Sanctuary City denkbar. Die Kommune muss die Ermessensspielräume zum positiven für die Betroffenen auslegen. Intervenieren wir, wo Intervention möglich ist und darüber hinaus. In der Stadt Freiburg fand am 21.05.2003 ein Hearing zur Situation der Menschen ohne Aufenthaltsstatus statt. In einer Informations-Vorlage²³ nahm die Stadt Freiburg am 08.04.2004 dazu Stellung. Unter dem Punkt Handlungsstrategien wird ausgeführt: „Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, politische Initiativen über die Stadt Freiburg und den Gemeinderat auf unterschiedlichen Ebenen anzustoßen. Dadurch könnte ein Rahmen geschaffen werden, um folgende Ziele zu erreichen:

Verbesserung der humanitären Versorgung illegal in Freiburg lebender Menschen. Rechtliche Legitimierung und Absicherung der Tätigkeit von Gruppen und Personen, die für diese Personengruppe humanitär motivierte Hilfe und Unterstützung anbieten. Verstärkte Information und Aufklärung der Öffentlichkeit zum Thema. Stärkung der Vernetzung der Institutionen, Gruppen und Initiativen, die sich für Menschen ohne Aufenthaltsstatus engagieren. Effektiver Schutz vor Ausbeutung bzw. Möglichkeiten, vorenthaltenen Lohn für faktisch geleistete Arbeit einklagen zu können. Rechtliche Klarstellungen zum Umfang und zu den Grenzen der Datenübermittlungspflicht an die Ausländerbehörde bzw. zur Straffreiheit humanitär motivierter Hilfe.“²⁴ Die Stadt Freiburg hat damals mit mehreren Städten Kontakt aufgenommen, um Erfahrungen auszutauschen und Vorgehensweisen abzustimmen. Es gibt also für Freiburg in den Punkten 'Rechtssicherheit für Helfer', 'Schulbesuch von Kindern ohne Aufenthaltsstatus', 'Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung' etc. bereits in Ansätzen entwickelte kommunale Positionen. Die Stadt meinte dazu, dass der rechtliche Rahmen begrenzt sei und dennoch „für alle Menschen eine Fürsorgepflicht, die dauerhaft in der Stadt leben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus“ hat.

*Ausländerbeiräte
entstanden in
den Kommunen.*

22 <http://www.juraforum.de/lexikon/selbstverwaltung-der-gemeinden>

23 Drucksache G 03267.1 / Freiburg

24 www.joerg-alt.de/Politisches/Kommunen/Freiburg/FR04-05-18Vorlage.doc

Laut Prof. Dr. Roland Roth hat nach einer Untersuchung 2015 Bremen die Ermessensspielräume für Geduldete zu 95 Prozent zum Vorteil der Betroffenen ausgelegt, während man in Sachsen nur auf 35 % kommt. Auch bei den Ermessensspielräume ausnutzen, kommt es auf den politischen Druck an.

Spannungsverhältnis zwischen Bürger und Einwohner

Einwohner einer Ortschaft ist der Bewohner einer Gemeinde oder eines Stadtviertels und daraus folgend eines Landes. Es handelt sich dabei um einen öffentlich-rechtlichen Begriff, der sich von dem des Bürgers bzw. Staatsbürgers dadurch abgrenzt, dass letzteren besondere Rechte und Pflichten zugewiesen sind. Auf dem Einwohnerbegriff beruht das in Deutschland geltende Melderecht, daher ist es sehr von Bedeutung, ob man ein Bürger oder ein Einwohner ist, denn es ist nicht das Gleiche.

Für Einwohnerinnen und Einwohner verbleiben vielfältige kommunale Beteiligungsmöglichkeiten. Einwohner und Bürger sollen auf ganz verschiedenen Wegen in das Leben der Kommune einbezogen werden. Aber in der Kommunalverfassung heißt es auch: „Jedermann ist im Rahmen des geltenden Rechts berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden zu benutzen“. Hier gibt es ebenfalls Ansatzpunkte. Ein politisch großer Schritt einer Zufluchts-Stadt wäre, wenn der nicht angemeldete 'Einwohner' einen Status eines 'rechtlich anwesenden Einwohners' bekommen könnte. Nordamerikanische Städte wie New York praktizieren bereits ein Konzept, das Urban Citizenship²⁵²⁶ genannt wird. Urban Citizenship macht darauf aufmerksam, dass das Recht auf Stadt unabhängig von nationalstaatlicher Zugehörigkeit denkbar ist. Alle, die gemeinsam in einer Stadt leben, sollen die gleichen Rechte haben. Urban Citizenship fordert das Recht zu Bleiben, ebenso wie das Recht auf eine Stadtpolitik von unten. Kommunale Regierungen und das Territorium der Kommunalpolitik können eine wichtige Rolle bei der Stärkung dieser Horizonte, Praktiken und Netzwerke der Solidarität spielen, indem sie die Offenheit bekräftigen, Ressourcen und Infrastrukturen sogar zur Ausübung kommunaler Ungehorsamkeit bereitstellen.

*Vom Urban
Citizenship und
dem Recht zu
Bleiben*

Ein beeindruckendes Beispiel dafür war das österreichische Dorf Alberschwende, wo die Gemeinde und der Bürgermeister die Asylsuchenden vor der Polizei versteckt und verteidigt haben, als man sie abschieben wollte.²⁷ Riace ein Dorf in Italien hilft ebenfalls Geflüchteten, auch jenen ohne Papiere. Riace versteht sich als "Stadt der Zukunft" und "Dorf der Begegnung".²⁸ In Frankreich engagierte man sich in Don und

25 Die Fragen von Rechten – nicht von nationalstaatlichen, die an Grenzen, Geburt oder Pass gebunden sind, sondern solchen, die sich von dem aktuellen Lebensort ableiten – werden unter diesem Begriff zusammengefasst. Engin Isin (*Anm. d. Red. Politikwissenschaftler an der Open University*) Eine solche „Urban Citizenship“ besitzt man nicht, sondern man muss sie sich erkämpfen, denn sie ist fluide, wächst an oder schwindet. Der „Act of Citizenship“ bedeutet in diesem Sinne städtisches Handeln, also zum Beispiel Aktivismus oder auch Diskurs.

26 <http://www.stadtaspekte.de/interview-mit-jochen-becker-urban-citizenship-besitzt-man-nicht-sondern-man-muss-sie-sich-erkaempfen/>

27 http://www.alberschwende.at/fileadmin/Download/Asylverfahren-Manifest_und_Aktivitaeten.pdf

28 http://www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-in-italien-willkommen-in-riace.1076.de.html?dram:article_id=319

Saint Denis gegen Abschiebungen von Geflüchteten, wie auch in vielen hunderten Städten in Deutschland wie in Europa. In der Schweiz gibt es in mehr als 13 Städten offizielle Anlaufstellen für Sans-Papiers. Zwischen 90'000 und 250'000 Sans-Papiers (MigrantInnen ohne geregelten Aufenthaltsstatus) leben und arbeiten in der Schweiz.²⁹ Auch in Kanada gibt es Sanctuary Cities. Sowohl in Toronto wie auch in Vancouver haben sich kommunalen Dienste verpflichtet, dass auch undokumentierten Immigranten kommunale Leistungen erhalten, ohne dass ihr Aufenthalt an die kanadische Einwanderungsbehörde gemeldet werden.³⁰

Welche Forderungen stellen wir an eine Zufluchts-Stadt?

Grundsätzlich sprechen wir uns dafür aus, dass Betroffene die die Stadt (bzw. das Land) nicht verlassen wollen und können, Kern-Rechte gewährt werden müssen. Dementsprechend kämpfen wir für den gleichberechtigten Zugang von Papierlosen zu lebenswichtigen kommunalen Diensten. Wie das (rechtliche) Konstrukt dafür aussehen soll, wird die weitere Diskussion bestimmen. Letztendlich stärkt eine Zufluchts-Stadt die Kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Selbstbestimmung. Weiterhin kann die Kommune dadurch auch ihren Standpunkt in Bezug auf die Menschenrechts- und internationalen Rechtsabkommen verorten, und dies vor allem unabhängig von ökonomischer und politischer Diktionen von Bund und Land. 'Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben', hat Hannah Arendt geschrieben. „Es ist sinnlos, Gleichheit vor dem Gesetz für den zu verlangen, für den es kein Gesetz gibt.“ Das Recht, Rechte zu haben, bedeutet mithin nichts anderes als das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft in der ihm die weiteren Rechte garantiert werden können. Und in eben dieser Mitgliedschaft manifestiert sich die menschliche Würde.³¹ Rechte dürften heute nicht mehr an die Staatsbürgerschaft oder an ein konstruiertes Aufenthaltsrecht geknüpft werden, sondern an den Aufenthaltsort. Die Rechte nur an den Aufenthaltsort zu koppeln widerspricht der Einwand, dass sich das Recht, Rechte zu haben an das Mensch sein per se knüpft.

*Jeder Mensch hat
das Recht, Rechte
zu haben!*

Zusammenarbeit der Sanctuary Cities ist wichtig

Schaffen wir in Europa rebellische Zufluchts-Städte, war der Aufruf aus Barcelona. Der Erfolg dieser Zufluchts-Städte wird von unserer inhaltlichen, theoretischen Aufstellung, einer guten Zusammenarbeit und damit von der Bewegung, der Idee und der Begeisterung, die von ihr ausgeht, abhängen. Deshalb wird es unsere Aufgabe sein, einerseits vor Ort an den Zufluchts-Städten zu arbeiten und andererseits Netzwerke, eine Plattform und einen regelmäßigen nationalen und europäischen Austausch zu schaffen. Unser Eingreifen auf kommunaler Ebene ist heute politisch notwendig und relevant. Die aktiven Initiativen stoßen mit ihrer Solidaritätsarbeit derzeit kommunal immer wieder an Grenzen, die im wesentlichen den gesetzlichen Schranken geschuldet sind. Zahlreiche Bundes- und Landesgesetze die im Asyl- und Migrationsbereich zum Maßstab staatlichen Handelns geworden sind, richten sich gegen

*Netzwerk
europäischer
Sanctuary Cities
schaffen.*

29 http://www.sans-papiers.ch/index.php?id=89&no_cache=1

30 <http://www.canadianimmigration.net/news-articles/vancouver-to-become-canada-s-third-sanctuary-city/>

31 Hannah Arendt und das Recht, Rechte zu haben, Lena Anlauf

solidarisches Engagement, zerstören Errungenschaften, Erreichtes, Freundschaften, Hoffnung und Perspektive.

Ein Kommentar von Karl Heidegger in der Badischen Zeitung vom 02. Februar 2017 bringt dies zynisch auf den Punkt: „Denn natürlich schmerzt jeder Einzelfall, in dem ein hochmotivierter, für die deutsche Wirtschaft und das kulturelle Miteinander wertvoller Flüchtling abgeschoben werden muss. Und natürlich führt kein Weg daran vorbei. Weil Gesetze für alle gelten. Weil das Asylrecht funktionstüchtig sein muss für jene, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, weil es nicht ausgehöhlt werden darf von anderen, die „nur“ ein besseres Leben suchen“.³² Dahinter versteckt sich jemand, der sowohl die Gesetze, die Ausgrenzung und den Abschiebeapparat verteidigt. Wir positionieren uns jedoch mit der Idee des Urban Citizenship und der Zufluchts-Stadt diametral dagegen.

Wir mischen uns ein, weil wir eine andere Vorstellung von Zusammenleben in der Stadt haben. Abschiebungen müssen gesellschaftlich geächtet werden. Wir müssen und wollen uns stärker kommunal einmischen. Vielleicht können 'Städte die Welt retten', wie das Theater Freiburg in einem Veranstaltungstitel fragt. Wir brauchen kommunal eine stärkerer Demokratisierung. Wir müssen Fragen stellen, in wie fern Firmen, Institute, Forschungen vor Ort weltweit in Geschäfte verwickelt sind und für Fluchtursachen verantwortlich sind. Im etwa 30 km entfernten Lahr war Ende der 80er Jahre Imhausen-Chemie beim Bau einer Produktion zur Herstellung chemischer Kampfstoffe in Libyen beteiligt.³³ In Oberndorf sitzt der Waffenhersteller Heckler und Koch. Auch in Freiburg hat eine Rüstungsfirma ihren Sitz.

Mit dem Eintreten für eine Sanctuary City auf kommunaler Ebene, kann auch das Flüchtlingsthema an sich mit all seinen Facetten stärker thematisiert werden. Ausgrenzung und Diskriminierung in den Punkten Lager, Wohnen, Wohnsitzauflage, Residenzpflicht, Arbeit, Ausbildung, Racial Profiling etc. werden sicher als Themen dabei sein. Die Diskussion für eine Zufluchts-Stadt oder City of Sanctuary fördert damit eine notwendige Debatte, die verschiedene Themen aufgreift und in vielfältiger Richtung wirken kann.

Die Sanctuary City, die von einem breiten Engagement von politischen und humanitären Gruppen forciert werden muss, wird Kommunale Standpunkte provozieren, Diskussion unter den Städten fördern, kommunale Verantwortung und die Verpflichtung der Fürsorge für Papierlose aufzeigen. Vor allem könnten wir damit auch gegen den rechten Mainstream und dem rassistischen Populismus punkten.

***Gegen den
rassistischen
Populismus
punkten.***

Quellen- und Diskussions-Papier ursprünglich für die Aktions-Konferenz in Karlsruhe am 28.01.2017 gedacht. Das Papier ist offen für Kritik und Veränderungen. Ideen, weitere Informationen, interessante Quellen, Diskussionspapiere bitte an info@aktionbleiberecht.de weiter geben.

32 <http://www.badische-zeitung.de/meinung/kommentare/abschiebungen-ein-dilemma-das-schmerzt>

33 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13494578.html>

